

Appell an die Verhandlungsspitzen von CDU, CSU und SPD 10-Punkte Papier der Migrantenorganisationen

„Wir sind 25 Millionen – regiert endlich MIT uns!“

Berlin, den 27. März 2025

Appell von 13 Bundesverbänden mit über 3.000 Mitgliedsvereinen an die 19er-Runde der Koalitionsverhandlungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die unterzeichnenden **13 bundesweiten Migrantenorganisationen mit über 3.000 Mitgliedsvereinen und Partnern**, wenden uns heute mit einem klaren politischen Appell an die **19er-Runde der Koalitionsverhandlungen**.

Mit großer Sorge stellen wir nach der Analyse der Ergebnisse der Arbeitsgruppen zum Koalitionsvertrag fest: **Zentrale Anliegen der 25 Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland drohen unter den Verhandlungstisch zu fallen – oder zur bloßen Verhandlungsmasse zu werden**. In Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und die Würde aller Menschen fordern wir Sie auf, in der finalen Phase der Koalitionsverhandlungen auf folgende zehn politischen Kernforderungen mit Nachdruck einzugehen.

1. Repräsentanz im Kabinett sichern – paritätisch und vielfältig

Mindestens 25 % der Kabinettsposten müssen mit Personen mit Migrationsgeschichte besetzt werden – orientiert an der gesellschaftlichen Realität. Eine paritätische Besetzung ist für ein modernes, gerechtes Deutschland unerlässlich.

2. Integrations- und Antirassismusbeauftragte stärken – mit eigenem Mandat und Budget

Die/der Beauftragte für Integration und Antirassismus muss weiterhin im Bundeskanzleramt und im Kabinett verankert bleiben – mit eigenem

Budget, klarer Zuständigkeit und politischer Durchsetzungskraft. Eine Verlagerung ins BMI lehnen wir ausdrücklich ab.

3. Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung und Nationaler Aktionsplan Integration (NAP-I).

Die Aktionspläne müssen gemeinsam mit Migrantenorganisationen entwickelt werden und konkrete Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen, Gesundheit und Sicherheit enthalten. Dabei muss der Aktionsplan alle Rassismen adressieren und gleichermaßen in den Blick nehmen (u.a. Rassismus gegen Sinti und Roma, Anti-Schwarzen, Antimuslimischen, Antislawischen und Antiasiatischen Rassismus), um deren Bekämpfung institutionell zu verankern.

4. Keine Rückschritte im Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht

- Kein C1-Sprachniveau als Einbürgerungsvoraussetzung – B1 muss Standard bleiben.
- Chancenaufenthaltsrecht weiterentwickeln – nicht einschränken.
- Familiennachzug sichern – für stabile Integration.
- Keine Abschiebung gut integrierter Geduldeter.
- Die geplante Streichung der §§ 16g, 25 Abs. 5, 25a und 25b AufenthG lehnen wir entschieden ab.

5. Fachkräfte gewinnen – mit migrantischer Kompetenz

Die Fachkräfte-Strategie der Bundesregierung soll nicht nur mit den Ländern und Kommunen erarbeitet werden, sondern auch mit Migrantenorganisationen. Wir fordern zudem die Einsetzung einer oder eines Beauftragten der Bundesregierung für Fachkräftegewinnung – mit ressortübergreifender Koordinierung und Beteiligung der Zivilgesellschaft.

6. Migrantenorganisationen stärken – dauerhaft und strukturell

Gesicherte Beteiligung von Migrantenorganisationen und neue deutsche Organisationen z. B. am Integrationsgipfel, verlässliche institutionelle Förderung, langfristige Finanzierung und der Aufbau hauptamtlicher Strukturen sind unerlässlich. Ehrenamt braucht Hauptamt – für nachhaltige Teilhabe und Demokratitarbeit.

7. Förderung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen

- Weiterentwicklung und institutionelle Verankerung der ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie des Bundes unter der

Berücksichtigung von Perspektive von Frauen mit
Zuwanderungsgeschichte

- Passgenaue Mentoring- und Empowermentprogramme
- Kinderbetreuung während Integrations- und
Qualifizierungsmaßnahmen

8. Demokratieförderung absichern

Wir fordern die Einführung eines Demokratiefördergesetzes und den
Erhalt des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im
Familienministerium.

Demokratiearbeit ist Teilhabe- und Bildungsarbeit – keine
sicherheitspolitische Aufgabe.

9. Schutz der Demokratie im digitalen Raum

Der Staat muss Verantwortung übernehmen für den Schutz
demokratischer Prozesse vor Desinformation, digitaler Hetze und
manipulativen Algorithmen. Hier braucht es klare gesetzliche Regelungen,
Aufklärung und digitale Resilienz.

10. Umsetzung der 2. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung

Die UN-Generalversammlung hat die 2. UN-Dekade verkündet.
Deutschland muss diese Dekade mit einem konkreten Aktionsplan, klarer
Finanzierung und sichtbaren Maßnahmen gegen strukturellen Rassismus
umsetzen. Zudem fordern wir die Benennung eines Afrikabeauftragten der
Bundesregierung, der eine koordinierte, zukunftsgerichtete und gerechte
Afrikapolitik verantwortet – in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.

Wir fordern gleiche Rechte, faire Chancen und echte Teilhabe für alle.

Wir fordern eine klare Abgrenzung von rassistischer Politik.

Wir sagen **Nein zu migrationsfeindlicher Politik.**

Wir sagen **Ja zu einer modernen, konstruktiven, menschenzentrierten
Migrationspolitik.**

Wir fordern: Regieren Sie MIT uns – nicht über uns.

Setzen Sie ein Zeichen. Jetzt.

Mit hochachtungsvollen Grüßen,

Im Namen der unterzeichnenden 13 Bundesverbände

Bundesverband interkultureller Frauen in Deutschland e. V. (BIF e.V.)
Bundeskonzferenz der Migrant*innenorganisationen e. V. (BKMO)
Bundeselternnetzwerk der Migrant*innenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt)
CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit
DaMOst – Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e. V.
Iranische Gemeinde in Deutschland e.V.
LAMSA – Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt e. V.
Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg e. V.
Neue deutsche Organisationen – das postmigrantische Netzwerk e. V.
TANG – The African Network of Germany e. V.
Türkische Gemeinde in Deutschland e. V. (TGD)
VIW – Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity e. V.
Zentrum gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit



BkMo Bundeskonzferenz der
Migrant*innenorganisationen

